

## Überlegungen zur Universalität der Grund- und Menschenrechte und zu einer denkbaren Nationalstaatswerdung der Europäischen Union

### I.

Die Grund- und Menschenrechte sind ein Produkt der Epoche der Aufklärung, und diese Epoche ist westlich. Sie basieren auf den Gesellschaftsvorstellungen, die sich in Europa seit Beginn der Neuzeit herausgebildet haben, mit dem Individuum als kleinster sozialer Einheit. Es ist gut und wichtig, dass es sie gibt, und es markiert einen großen historischen Fortschritt, dass die Vereinten Nationen sie 1948 für die Völkergemeinschaft verbindlich machten. Gleichwohl haben Asiaten Recht, wenn sie betonen (als erster Lee Kuan Yew, Cambridge-Absolvent und von 1959 – 1990 Premierminister von Singapur), dass unsere derzeitige Überbetonung der Individualität auch Nachteile hat. Er riet den USA schon in den 1990er Jahren, doch einmal ihre erodierten Familienverhältnisse mit dem Zusammenhalt chinesischer Familien zu vergleichen. Diese Diskrepanz ist evident.

Die Vereinten Nationen sind eine wichtige demokratische und sicherheitspolitische Institution und sollten dringend um wirtschaftliche und sozialpolitische Kompetenzen erweitert werden. Die Basis für ihr Wirken und für ihre Konzept von Völkergemeinschaft ist aber der Nationalstaat, und der gehört, ebenfalls westlichen Ursprungs, zu einer bestimmten, noch andauernden Epoche. Wir als europäische Föderalisten erstreben jedoch einen nach-nationalstaatlichen Staatenbund eher als einen Bundesstaat von Nationen als notwendigen Fortschritt für das 21. Jahrhundert. Und wir treten dafür ein, die Europäische Union in diesem Sinne weiter zu entwickeln.

In analoger Weise müssten nach meiner Ansicht die Grund- und Menschenrechte für die Zukunft weiter entwickelt werden: um pluralisiert und diversifiziert als Einheit in der Verschiedenheit aller Kulturen in der Welt mit ihren zum Teil sehr unterschiedlichen Werten und mit unterschiedlichen Menschenbildern globale Gültigkeit haben zu können. Solche Konzepte gibt es bisher nicht.

Natürlich sind die Rechte auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und auf Bildung in dieser abstrakten Formulierung universell. Aber die Inhalte der Bildung sind kulturspezifisch. Diese unterscheiden sich also etwa bei Indern, bei Buschmännern oder bei Westeuropäern beträchtlich. Das Gleiche gilt für den Gesellschaftsaufbau. Dessen Regeln (die aber nach unseren Vorstellungen überall demokratischen Grundsätzen entsprechen müssen) richten sich nach den Spezifika der jeweiligen Kultur.

Solange es pluralisierte und kulturell diversifizierte Konzepte der Grund- und Menschenrechte nicht gibt, so lange ist es gut, wichtig und richtig, dass es die UNO in jetziger Form gibt, auch wenn sie in Strukturen und Inhalten westlichen Ursprungs ist. Es gilt, diese Verfasstheit von 1945 ins 21. Jahrhundert fortzuschreiben, zu einer Einheit aus kultureller Vielheit, in der historische Ungleichzeitigkeiten von Steinzeit-Stämmen bis zu Hightech-Nationen und in der die verschiedenen Religionen auf der Welt (mit ihren gesellschaftlichen - aber human gedeuteten - Implikationen) in gleicher

oder analoger Weise vertreten sein können. Human meint demokratisch, mit Frieden und Freiheit und dem Prinzip der gewaltfreien Lösung von Konflikten als obersten Prämissen. Das muss für individualistisch wie kollektivistisch aufgebaute Gesellschaften in gleicher oder äquivalenter Weise gelten und möglich gemacht werden.

Die Europäische Union betreffen diese Überlegungen nicht in ihren konzeptionellen Kernstücken, wohl aber durch ihre ausländischen Zuwanderungen.

## II.

Auch der Nationalstaat ist ein Produkt der Europäischen Aufklärung, ein kulturell und historisch geprägtes Staatsgebilde mit Anfang, Ausprägung und Durchsetzung. Seine Verbreitung wurde im 19. und 20. Jahrhundert universell, d.h. die ganze Welt ist nun in Nationalstaaten aufgeteilt, und wer dazwischen liegt (die Basken oder die Lappen in Europa, die Kurden im Nahen Osten oder die vielen Stammesgesellschaften in Schwarzafrika als Beispiele), hat das Nachsehen.

Die Mitglieder der Vereinten Nationen genau wie die der Europäischen Union sind Nationalstaaten. Wie alle historischen Gebilde wird diese Staatsform nicht ewig existieren, für die absehbare Zukunft jedoch schon. Die USA wollten ursprünglich ein Gegenmodell zu den Staaten in Europa sein, mit starken Einzelstaaten und wenig Zentralstaat. Gleichwohl sind sie, seit sie mit ihrem Eintritt in den I. Weltkrieg eine Weltmacht zu werden begannen, ein typischer Nationalstaat geworden.

Wird mit der EU, je mehr sie zum Global Player wird, das Gleiche geschehen? Und wie stellen wir als Europa-Union uns zu einer solch denkbaren Entwicklung in unserem Grundsatzprogramm für das 21. Jahrhundert?

Auf diese Fragen habe ich selbst keine Antwort, will dazu aber einige mögliche außenpolitische Fortschreibungen geben: Wenn die EU in Richtung Nationalstaat ginge, dann könnten ihre Außenvertretungen *Botschaften* statt *Delegationen* heißen und ihre beamteten Mitarbeiter *Diplomaten* statt *Mitglieder des Europäischen Außendienstes*. Und dann könnten 27 Einzelbotschaften in jeder wichtigen Hauptstadt außerhalb der EU entfallen.

Letzteres wäre ein wichtiger Schritt zum Bürokratieabbau in der EU – einem Reizthema in der Bevölkerung. Ich meine, dass man sich bei diesem Thema, entgegen gängiger Volksmeinung, weniger auf Brüssel und Luxemburg – auf Straßburg schon, ein Wanderparlament ist überholt – als auf die Regierungen und Verwaltungen der Mitgliedsstaaten richten sollte, bei Staaten mit föderalistischer Struktur sowohl für den Gesamtstaat wie für ihre Teilstaaten. Da gäbe es in Belgien, in Deutschland und vermutlich auch in Österreich ein weites Feld für schlankere und reduzierte politische Strukturen.

Im nächsten EU-Vertrag sollte allen Mitgliedsstaaten verbindlich vorgegeben werden, dass für jede nach Brüssel abgegebene Kompetenz die dadurch national nicht mehr notwendigen Qualifikationsstellen eingespart werden müssen. Das beste Beispiel dafür, dass hier ein Versäumnis liegt, ist der Agrarbereich. Dieser Bereich ist seit EWG-Zeiten voll vergemeinschaftet. Also bräuchte man dafür in den Mitgliedsstaaten seit Jahrzehnten keine Ministerien mehr, sondern nur noch Verwaltungsämter.

Sollte die EU im Verlauf des 21. Jahrhunderts tatsächlich in Richtung Nationalstaat gehen, dann wäre auch klar, dass ihr als Ganzer 1 Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebührt. Ihre drei wichtigsten Mitglieder, Deutschland, Frankreich und

Großbritannien, sind – allein genommen – nur Mittelmächte. Also sollten die beiden letzteren auf ihren ständigen Sitz seit 1945 verzichten. Deutschland braucht eine Verzichtserklärung für seinen angestrebten ständigen Sitz nicht mehr. Denn durch seine Stimmenthaltung bei der Libyen-Resolution in März 2011 hat es sich dafür international selbst disqualifiziert.

Die gegenteilige Entwicklung wäre, dass die EU ihr post-nationalstaatliches politisches Modell nicht nur verwirklichen, ausbauen und sichern könnte, sondern dass es durch seinen materiellen und zivilisatorischen Erfolg auch weltweites Vorbild für die Epoche nach dem Nationalstaat würde. Dieses Modell hätte den Vorteil, wo immer verwirklicht, dass das territoriale und personale Entweder-Oder von Nationalstaaten verschwinden würde, so dass gleitende Übergänge statt Grenzziehungen und dass diversifizierte Staatsbürgerschaften möglich würden. Solche Übergänge gibt es jetzt schon bei den grenzüberschreitenden Euregios. Weil dann die Nationalität keine exklusive Rolle mehr spielt, hätten es auch die Minoritätenvölker, die es in der Epoche des Nationalstaats nicht zu einer Staatsbildung gebracht haben, leichter. Aber dann müssten sich die Vereinten Nationen und andere globale politische und wirtschaftspolitische Organisationen anders strukturiert aufbauen. Auch dafür gibt es, soweit ich sehe, noch keine Konzepte.

Soweit einige unkonventionelle Überlegungen von mir für die Beratungen der Europa-Union Deutschland zum geplanten Grundsatzprogramm für das 21. Jahrhundert. Weil sich Krisenmeldungen allseits häufen (internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, Teuerungen, Euro-Krise, Jugendproteste), ist die Gegenwart für derartige Überlegungen leider nicht günstig. Aber irgendwann wird es auch wieder entwicklungsmäßige Lichtblicke nach vorne geben, bin ich mir sicher.